

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen



Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die

graphische u. papierverarbeitende Industrie

26. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf., monatlich 20 Pf., ohne Postgebühr

Köln, den 11. Oktober 1930

Erscheint vierteljährlich Samstags Einzelnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 21

Kampf der Arbeitslosigkeit -

Kampf der Miesmacherei

In Zeitungen und Reden finden wir immer einen Leitgedanken. Heute ist es der Leitgedanke, der auch zugleich das ergiebigste Gesprächsthema allerwärts ist: „Die wirtschaftliche Lage in Deutschland wächst sich immer mehr zu einer Katastrophe aus.“ Das ist so die Einleitung. Dann geht es los. Es werden die tatsächlichen Schwierigkeiten noch übertrieben, es wird solange schwarz in schwarz gemalt, bis man selbst daran glaubt. Damit wird aber der letzte Rest von Mut und Selbstvertrauen zerstört, die Menschen in Panikstimmung gebracht.

Warum so? Es gibt bestimmte politische Parteien, die aus Opposition, aus reiner Freude am Berneinen und Hegeln alles in den dunkelsten Farben malen. Es gibt wirtschaftliche Interessengruppen, die bemüht in Zweifelsfragen stehen. Entweder suchen sie damit reaktionäre Geistesgegenüber ihren Arbeitern zu bemänteln — oder sie wollen den Konsumenten das Fell noch weiter über die Ohren ziehen. Man will Gesäfte machen. Ganz gleich, ob dabei Volk und Staat leidet oder nicht.

Darin liegt ja erst die Katastrophe, daß durch die unaufhörliche Krisenmalerei der fatalistische Glaube an die Unabänderlichkeit der Notzeiten genährt und gewendet wird. Da hilft alles zusammen. Das unaufhörliche Davonreden erzeugt die Massenangst. Die Angst führt zu der topflosen Jagd in weiten Kreisen der neuen Führerschaften unserer deutschen Wirtschaft. Der Mangel an wegmütigen Unternehmern lähmt den Willen zu herhaften Versuchen, der Schwierigkeiten Herr zu werden. So sieht man immer mehr die Arbeitslosigkeit als unabwendbar an.

Erst dadurch wird die bestehende Notzeit zur Katastrophe für Deutschland!

Es soll keineswegs die furchtbare Not der Arbeitslosen und ihrer Familien verkannt werden. Wir verschließen auch nicht die Augen vor den tatsächlich bestehenden Schwierigkeiten unserer Volkswirtschaft. Wir sollen aber nicht nur von der Not reden, auch nicht nur nach Unterstützung und Hilfe des Staates rufen. Oberstes Ziel aller Bestrebungen muß sein, Verdienstmöglichkeiten für die Millionen arbeitsloser Menschen zu schaffen. Es darf uns kein Trost sein, daß auch alle anderen Völker unter derselben Heimsuchung leiden. Eine Weltkrise wird sehr viel schwerer zu überwinden sein, als eine deutsche Krise allein. Für uns in Deutschland muß aber gelten, nicht nur die beruflichen Stellen, nicht nur Regierung und Parlament um Hilfe anzurufen, sondern wir alle müssen uns am Feldzug gegen die Krise und deren Folgen beteiligen.

Diese Beteiligungsleistung schließt natürlich manches in sich, das der einzelne sehr unangenehm empfinden wird. Das wird aber ertragen werden müssen, wird vor allem auch von den Beamten zu ertragen sein, wenn wir den wirklich Volk und Vaterland vor dem Sturz in den Abgrund bewahren wollen. Ist es denn zu verantworten, wenn unter reichlich großer Beamtentörper in Reich, Ländern und Kommunen in gesicherten Stellungen lebt, sehr angemessene Gehälter zu verzehren hat und keine Sorgen vor ungeschlümtem Alter haben muß —, und daneben über drei Millionen Menschen vergebens nach Arbeit und Brot suchen?

Auch in diesen Kreisen wäre etwas mehr Einsicht und Opferwille sehr am Platze. Alle „wohlworbenden Rechte“ zerfallen in nichts, wenn die staatszerstörenden Kräfte ihre Ziele erreichen sollten. Daher ist der jetzt wieder einsetzende Kampf gegen die geplanten Kürzungen der hohen Gehälter und Pensionen unvorstellbar. Er ist genau so egoistisch und kurzfristig, wie seiner Zeit die Stellungnahme gegen das Notopfer. Dabei verkennen auch wir keineswegs die Gefahren der beabsichtigten Maßnahmen. Wir stimmen durchaus den Wün-

schlen zu, die eine sozialere Staffelung fordere. Vor allem soll die Grenze weiter nach oben gerückt, die niederen Gehälter gesichert werden.

Das Regierungsprogramm ist einer äußerst schmerzhaften Operation gleichzustellen. Wir glauben unbedingt an den guten und ehrlichen Willen von Brüning und Stegerwald. Wir wissen auch, daß es nicht nur um die Aufrechterhaltung der Volkswirtschaft, sondern um Erhaltung des Staates als demokratischen Staat geht. Wir müssen den Versuch der Regierung zur Sanierung der Finanzen unterstützen — denn wo ist ein anderer Weg? Reichsarbeitsminister Stegerwald nahm dieser Lage zur wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Lage in Deutschland Stellung. Dabei führt er u. a. aus:

„Es geht in der nächsten Zeit um mehr als um wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Einzelfragen. Es geht, wie in den letzten Tagen auch der Reichsfinanzminister a. D. Hilferding ausführte, darum, ob wir Staat, Demokratie und Wirtschaft retten wollen oder ob wir in letzter Stunde die Nerven verlieren und in den Abgrund treiben wollen. Dabei wird dem deutschen Volk bei weitem nicht das zugemutet, was es in den letzten Jahren bereits ausgestanden hat. In den Kriegsjahren 1917/18 und in der Inflations- und Stabilisationszeit 1922/24 hat das deutsche Volk ganz anderes ertragen als ihm jetzt zugemutet wird. Jetzt geht es darum, ob wir einige Jahre die Zähne aufeinanderbeißen, ob wir dem in Arbeit Stehenden die Arbeit erhalten und dem Millionenheer der Arbeitslosen wieder allmählich Arbeit schaffen wollen, ob das deutsche Volk in seiner Gesamtheit seinen Lebensstandard vorübergehend um 5 bis 10% herabdrücken will. Dabei ist die Auswahl gar nicht groß. Wenn wir uns dem Entschluß, mögliche Beschränkungen zu ertragen, nicht aufzuschwingen vermögen, dann ist kein Mensch imstande, zu verhindern, daß das deutsche Volk für lange Zeit auf den Lebensstandard der östlich an Deutschland angrenzenden Länder (Polen und Tschechoslowakei usw.) zurückgeworfen wird. Und dieser beträgt das Mehrfache von 10%. Was im nächsten Winter an Fürsorge für unverschuldete Arbeitslose möglich ist, geschieht; es werden sämtliche Ausgesteuerte (mit Ausnahme der Landarbeiter und Hausangestellten) in die Krisenfürsorge einbezogen; es wird alle Menschenmögliche geschehen zur allmählichen Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit.“

Dennoch müssen wir verschiedene Pläne des Regierungsprogramms zu ändern streben. Es scheint zunächst einmal ausgeschlossen, durch Exportsteigerung die Wirtschaftskrise überwinden zu können. Unmöglich kann eine Senkung der Lebenshaltung, von der natürlich die Arbeiterklasse am ersten und am meisten betroffen würde, eine Erhöhung der Ausfuhr erreichen. Die Statistik weist nach, daß wir durchaus wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt sind. Deutschland hat selbst den Export Englands überflügelt. Die Steigerung des Fertigwarenexports in den letzten Jahren beweist auch, daß wir im Hinblick auf Qualität nicht zu teuer sind.

Zur Frage des Preisabbaues sagt „Der Deutsche“ in seinen Betrachtungen über das Regierungsprogramm:

„Die Reichsregierung sagt: Die Höhe der von Gehalt und Löhnen, von Steuern und Soziallasten bedingten Gesehungskosten steht hemmend im Wege.“ Soll das heißen, daß wir vor einer Periode des Lohnabbaues und der sozialen Rückentwicklung stehen, und die Reichsregierung diese Politik billigt? Wenn ja, dann wird damit der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Volke kein guter Dienst geleistet. Was wir brauchen, ist eine Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der Produktivität. Hier war die Reichsregierung auf richtigem Wege, als sie ihre Kartellnotverordnung gegen unwirtschaftliche Preis-

bindungen erließ. Mit keinem Worte wird jetzt gesagt, ob sie von den Nachmitteln dieser Verordnung Gebrauch machen will. Soweit Preisabbau notwendig ist, handelt es sich aber gerade um die Beilegung überhöhter Kartell- und Monopolpreise, damit die besonders bei den Produktionsmittelindustrien weitgehenden vorhandenen Spannen zwischen Produktionsmöglichkeiten und Absatz vermindert wird.“

Hier hat die Regierung wirklich ein großes — allerdings auch schwieriges Aufgabengebiet. Gelingt es ihr, einen fühlbaren Preisabbau der übersteuerten Warenartikel durchzuführen, gelingt es ihr weiter, durch großzügige Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einem Teil der Arbeitslosen wieder Verdienst und Brot zu schaffen, dann ist schon ein Schritt vorangetan. Mit allem Nachdruck sind aber die Lohnsenkungstendenzen, die Boderung der Wohnungszwangswirtschaft und die geringere Bezugschuldung des Wohnungsbaues abzuwehren. Die Arbeiterklasse hat schon ungeheuer viel ertragen; sie kann verlangen, daß auch kräftigere Schultern nicht gespart werden.

Nicht alles kann die Regierung machen, daher müssen wir den Weg der Selbsthilfe gehen. Dazu gehört in erster Linie eine Senkung der Arbeitszeit unter acht Stunden. Das beste wäre ja, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus freien Stücken eine Verkürzung vereinbaren würden, um die vorhandene Arbeit auf mehr Arbeitskräfte zu verteilen. In einer Zeit, wo die Maschine so viele Menschen zu ersetzen vermag, sollte die Fünftageswoche gesetzlich eingeführt werden. Das braucht ja nur vorübergehend zu sein.

Überbunden und leidet der aufrechte christliche Gewerkschafter in diesen Notzeiten stricke ab. Man darf auch hier nicht Gesäfte machen wollen auf Kosten der armen Arbeitslosen.

Doppelverdiener gibt es immer noch viele. Diese Doppelverdiener sind in einer Zeit, wo so viele gar keinen Verdienst haben, unsittlich und deshalb auszuschalten. Das gilt für Leute mit schönen Pensionen und Ruhegehältern, die daneben noch eine Arbeitsstelle einnehmen. Das gilt auch für die Fälle, wo Mann und Frau als Doppelverdiener in Frage kommen, ohne daß die Not sie dazu zwingt.

Kauft deutsche Waren! Auch dieser Ruf muß noch mehr Verständnis finden. Es wird kein Allheilmittel, auch kein Mittel für die Dauer sein. Alle Völker sind ja auf den gegenseitigen Barenaustausch angewiesen. In der jetzigen Zeit, wo wir bald nicht mehr aus und ein wissen, muß aber alles versucht werden! Es können Millionen im Lande bleiben und die eigene Wirtschaft befruchten, wenn nur die überflüssigen ausländischen Luxusartikel nicht mehr gekauft werden.

So müssen wir uns selbst zu helfen suchen, muß Mut und Wille zur Tat alle Deutschen einem. Jetzt geht es nicht mehr um den eigenen Profit, jetzt geht es um das Leben von Volk und Nation! Wir können uns herausarbeiten, das deutsche Volk hat das Zeug dazu!

Aber auch die anderen Völker müssen sich bestimmen. Sie müssen einsehen, daß man nicht ein großes Volk für Menschenalter tributpflichtig halten darf, ohne die Weltwirtschaft zu erschüttern. Auch der Youngplan ist kein Evangelium. Alle Menschen sind Brüder. Darum sollen auch alle Nationen an der Abstellung der Not arbeiten. Es ist höchste Zeit, daß in allen Ländern sich recht bald Männer finden, die mit den Ungerechtigkeiten, dem Völkerverhaß und mit der kaltschnelnden Profitgier, unter der die Völker blühen müssen, trätig aufdrauen. Wir brauchen nicht nur in Deutschland, sondern überall in der Welt Männer, die Staat und Wirtschaft nach den Grundsätzen des Christentums führen. Sie allein verhängen Glück und Wohlstand, sie allein werden der Not steuern können.

Dazu an unserer Stelle mitzuwirken, sei unsere heiligste Pflicht. Kampf den Miesmachern und Schwarzmalern! Auf zur rettenden Tat durch uns selbst! Wer Taten sehen will, stellt sich in die Reihen der christlichen Gewerkschaften und arbeitet hier mit ganzer Kraft mit für sich selbst, für unser deutsches Volk und Land.

S. S.

Bezirkskonferenz des Bezirkes Nordwestdeutschland

Am Sonntag, den 28. September, hielt der Bezirk Nordwestdeutschland seine diesjährige Konferenz in Essen im Versammlungstotal B. Kader ab. Fast alle Ortsgruppen des Bezirkes hatten ihre Vertreter entsandt und so konnte gegen 10 1/2 Uhr der Bezirksleiter, Kollege Kembüßler, eine stattliche Anzahl von Delegierten begrüßen. Ferner waren erschienen Vertreter des Gutenberg-Bundes, des Essener christlichen Gewerkschaftskartells, der Deutschen Volksbank, des Deutschen Versicherungskonzerns und der Kollege Joseph Kuner von der Zentrale in Köln. Nachdem Kollege Kembüßler kurz die Bedeutung der Tagung skizziert und die heutige Wirtschaftslage gestreift hatte, brachten die Gäste die Grüße und Wünsche ihrer Organisationen zum Ausdruck. Kollege Kuner überbrachte herzliche Grüße des Zentralvorstehenden Hornbach, der leider verhindert war, an der Tagung teilzunehmen. Er wünschte der Tagung guten Erfolg und erwartet, daß sie allen neue Kraft vermittelt für einen weiteren Aufschwung und Auftrieb der Bewegung.

Hierauf erstattete Kollege Kembüßler den Geschäftsbericht. Ausgehend von der letzten ordentlichen Bezirkskonferenz in Bielefeld schildert Kollege Kembüßler die wirtschaftspolitische und sozialpolitische Lage seit dem vergangenen Jahre. Schon die vorjährige Bezirkskonferenz stand im Zeichen großer Wirtschaftsdpression. Heute sind die Verhältnisse aber bedeutend schlechter. Jedoch ist es im Interesse unseres Arbeiterstandes notwendig, sich einen gefunden Optimismus zu bewahren.

Das Jahr 1929 war ein soziales Kampfsjahr. Der Kampf ging in erster Linie gegen die gesamte Sozialversicherung. An dieser Stelle, die den Arbeitern in Zeiten der Not einen kleinen Rückhalt bietet, will man ausgerechnet mit den Sparmaßnahmen beginnen. Auf wirtschaftlichem Gebiete ist in erster Linie die gewaltige, nie gekannte Arbeitslosigkeit zu beachten. Die unsinnige Rationalisierung, die in vielen Fällen den Menschen zur Maschine degradiert, ist neben den Auswirkungen des verlorenen Krieges eine der Hauptursachen der Arbeitslosigkeit. Über das Ausmaß der Arbeitslosigkeit im graphischen und papierverarbeitenden Gewerbe ist festzustellen, daß unser Graphischer Zentralverband günstiger abschneidet, als die sozialistischen Verbände.

Auf lohnpolitischen Gebiete gab es wieder Kämpfe um gerechten Lohn. Im Buchdruck, Steindruck, Buchbinder- und Kartonmagengewerbe konnten im Jahre 1929 kleine Verbesserungen erzielt werden. Die Behauptungen der Arbeitgeber, in unsern Berufen würden die höchsten Löhne bezahlt, werden bei einem Vergleich mit den Löhnen vieler anderer Berufe Lügen gestraft.

1929 hatten wir in unserm Bezirke erstmals einen offenen Tariffkampf zu führen. Im November sperrte das „Westfälische Volksblatt“ in Baderborn die Zeitungsposter aus. Sie sollten aus dem Reichstarrifverhältnis herausgedrängt werden. Nach fast wöchentlichem Auspersperren konnten wir den Kampf zugunsten der Kollegen entscheiden.

Das Jahr 1929 war auch ein Jubiläumsjahr. In unserm Bezirke konnten die Ortsgruppen Essen und Bielefeld im vergangenen Jahre ihr 25jähriges Bestehen feiern. In diesem Jahre sind es die Ortsgruppen Dülmen, Hagen und Paderborn.

Ein weites Betätigungsfeld bietet uns die Jugend. Die Jugend muß unser werden. Im Bezirke bestehen Jugendgruppen in Dortmund, Essen, Gütersloh, Hagen, Münster und Paderborn. Die jugendlichen Kollegen müssen erzogen werden zu überzeugungstreuen christlichen Gewerkschaftern. Wie ein Freund zum Freunde, so muß der ältere Kollege, vor allem der Jugendführer, zum jugendlichen Kollegen stehen.

Die Arbeitsgemeinschaft mit verschiedenen andern christlichen Berufsverbänden hat sich an einigen Orten bereits nützlich bewährt. Die engste Arbeitsgemeinschaft haben wir mit unserer Bruderorganisation, dem Gutenberg-Bund. Sie bietet den Mitgliedern beider Verbände manches Wertvolle.

Mit den konfessionellen Ständevereinen verbindet uns, wie alle christlichen Berufsverbände, ein echtes Zusammengehörigkeitsgefühl. Unsere Mitglieder sollen zunächst auch einem konfessionellen Ständeverein angehören. Es muß aber auch dafür gesorgt werden, daß die Mitglieder der konfessionellen Ständevereine unsern Gewerkschaften angehören.

Die Klassenverhältnisse des Bezirkes sind gut. Der Bezirksbeitrag, der seit dem III. Quartal 1930 25 Pf. betrug, wurde durch Vorstandsbefehl ab II. Quartal 1930 auf 50 Pf. erhöht.

Die Rechtschustätigkeit hatte guten Erfolg. Von 134 zu erledigenden Sachen endeten 98 mit vollem und 17 mit teilweisem Erfolg. 115 Sachen brachten einen Barerfolg von 12 359 RM.

Zum Schluß seines Berichtes dankte Kollege Kembüßler allen Mitarbeitern. Er wies darauf hin, daß sich noch viel zu wenig Kolleginnen und Kollegen in den Dienst des Verbandes stellten. Die Zukunft fordert starke, festverankerte christliche Gewerkschaften. Diese wollen wir schaffen helfen. Das sei unsere Hauptaufgabe für die Zukunft.

Herzlicher Beifall dankte dem Kollegen für seine geballten Ausführungen. In der nun einsetzenden Aussprache wurden die verschiedenen Punkte noch ergänzt. Die Jugendarbeit nahm einen breiten Raum in der Aussprache ein. Kollege Kuner rief zur aktiven Betätigung für und mit der Jugend auf. Besonders der ältere Gehilfe im Betriebe soll dem Lehrling, dem jungen Hilfsarbeiter, Freund und Berater sein. Weiterhin wurde betont, daß die Gewinnung des Elternhauses und die Mitarbeit in den konfessionellen Jugendvereinen vorrangige Aufgabe sei. Nachdem Kollege Sweet-horck vom Gutenberg-Bund noch auf Hemmnisse in der Agitation hingewiesen hatte, wurde eine einstündige Mittagspause eingelegt.

Nach Wiederzutritt erfolgte die Besprechung der gestellten Anträge, die mit erfreulicher Einmütigkeit angenommen wurden. Nach Erledigung der Anträge sprach Kollege Stadtrat Heinrich Mengelkamp, Dortmund, über „Wirtschaftskrise und Arbeiterschaft, unsere wirtschafts- und sozialpolitische Forderungen an den neuen Reichstag“. In anderthalbstündigem Vortrag legte der Redner die Ursachen der Wirtschaftskrise dar und zeichnete die Forderungen auf, die die Arbeiterschaft auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiete an den neuen Reichstag zu stellen hat. Die gewaltige Not im Vaterlande drückt auf die Massen. Die christliche Nächstenliebe gibt nur noch dem Worte nach. Egoismus ist heute Trumpf. Die Wirtschaftskrise herrscht in der ganzen Welt. Die Arbeitslosigkeit hat nicht nur in Deutschland, sondern auch im kapitalistischen Amerika, im demokratischen England, im kommunistischen Rußland, und selbst im sozialistischen Italien nie gekannte Ausmaße angenommen. Die Krise ist Zeichen der Nachkriegsentwicklung, planloser Rationalisierung und überstürzter technischer Neuerungen. Der ungeheure Zusammenbruch der Produzenten zu Kartellen, Trusts und Syndikaten, die Ausschaltung einer gesunden Konkurrenz, Preisbindungen und sonstige Auswüchse dieses ungeordneten Zusammenstürzes tragen mit dazu bei, die Arbeitslosenziffern zu steigern. In allen Volkstreffen ist das Solidaritätsgefühl geschwunden. Einer sucht die Last auf den andern abzuwälzen. Vom Ausland müssen teure Anleihen heringeholt werden, um den Kapitalmangel zu beheben. Auch der häufige Regierungswechsel trägt mit Schuld daran, daß die „Anturbebung“ der deutschen Wirtschaft nicht gelingen will. Im In- und Auslande schwindet das Vertrauen zum deutschen Staat. Eine weitere Ursache ist die falsche Verbraucherpolitik. Ausländische Waren werden bevorzugt, während gleichwertige deutsche Waren keinen Abfall finden. Der Genossenschaftsgedanke findet noch zu wenig Anklang. Verlorene Gebiete, unglückliche Grenzregulierung und sonstige Friedensvertragsfolgen liegen der deutschen Wirtschaft hemmend im Wege.

Welche Forderungen muß nun die Arbeiterschaft an Staat und Regierung stellen, um eine Besserung der Lage herbeizuführen?

Politik des Vertrauens ist die erste Forderung. Zunächst müssen wir Vertrauen erwecken im In- und Auslande. Eine Politik der Stetigkeit muß einsehen. Handels- und Kaufverträge müssen abgeschlossen, die Tributstätten gemildert und die Verträge revidiert werden. Sparmaßnahmen in der Verwaltung sind nötig. Eine Verwaltungsreform muß geschaffen werden. Eingehoben mit dieser muß eine Reform der Gehalts- und Pensionsfrage, eine Steuer- und Finanzreform. Die Preisbindungen müssen abgeschafft werden. In den Verwaltungen muß eine größere Verantwortung Platz greifen. Die Errungenschaften der Arbeiter auf sozialpolitischem Gebiete müssen weiter ausgebaut, die Altersgrenze in der Invalidenversicherung von 65 auf 60 Jahre herabgesetzt werden. Eine Bessergestaltung des gesamten Arbeitsrechtes ist notwendig. Weiter ist zu fordern eine Reform des Strafgesetzbuches, verbunden mit einer Zukunftsreform. Aber nicht nur fordern dürfen wir, sondern selbst mitarbeiten müssen wir am Aufbau unseres sozialen Volksstaates. Wir müssen

Zur Geschichte des Streiks

Von Albert Zimmermann, Hamburg (D. H. V.)

V. (Schluß.)

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts waren zwar formell die auf die Besserung der Lebensstellung der Gesellen und Arbeiter — diese kamen allmählich hinzu — abzielenden Vereinigungen verboten, tatsächlich hatte man aber die Macht der Gesellenvereinigungen nicht oder nur in Nebendingen brechen können. Ja, das letzte Jahrzehnt des Jahrhunderts war noch voller Lohnkämpfe. Ein Streik in Bayreuth endigte mit einer merklichen Lohnerhöhung, und in Hamburg wuchs sich ein Streik sogar zu einem Generalfreist aus. Auch in Bremen, in Breslau, in Mainz und Frankfurt kam es zu größeren Streiks. Kein Mensch dachte mehr an das Reichsgewerbegesetz.

Gebrochen wurde die Macht der Gesellenvereinigungen durch die Auswirkungen der großen französischen Revolution. Die Revolution, welche die Menschheit befreien wollte, führte zur Unterdrückung und Machtlosmachung der Arbeitnehmer. Die Revolution befechtete das Zunftwesen in Frankreich, sie brachte eine Ära der Gewerbefreiheit und damit die Herrschaft der physiokratischen Lehre. Dieser Lehre, die den Individualismus und schrankenlose Freiheit betont, waren nicht nur die Zünfte, sondern alle Verbindungen und Vereinigungen im Wege, welche dem einzelnen Menschen Rücksichten auferlegten. „Nur ohne Einmischung einer Korporation ist ein freier Arbeitsvertrag zwischen den einzelnen Individuen denkbar und möglich“, sagte man. Ein Abgeordneter (De Chapetier) kleidete diesen Gedanken in die Worte: „Es gibt keine Korporation mehr im Staate; es gibt nur noch Sonderinteressen der Individuen und öffentliches Interesse; irgendein Interesse von Zwischengliedern kann nur schädlich sein.“

So verbot die Nationalversammlung jede Art von Vereinigung von Personen desselben Gewerbes oder

desselben Standes, damit also auch die Koalitionen der Gesellen und sonstigen Arbeitnehmer. Verboden wurde jede gemeinsame Arbeitseinstellung und jede Beeinflussung Arbeitswilliger. Daß gleichzeitig auch die Koalitionen der Arbeitgeber verboten wurden, nützte den Arbeitnehmern nicht viel.

Die Gedanken der französischen Revolution griffen bald nach Deutschland über, natürlich auch die verfehlten und unreifen Ideen. Ja, diese wurden oft am leidenschaftlichsten aufgegriffen. So wurden viele deutsche Idealisten, die ihrer natürlichen Veranlagung nach Verteidiger der Koalitionen gegen polizeiliche Bedrückung hätten sein müssen, zu Gegnern der Menschenrechte angeblich tnebeindenden Korporationen. Der Rückhalt, den die Gesellen- und Arbeitnehmer-Vereinigungen in der öffentlichen Meinung gehabt hatten, wurde merklich geringer.

In den Zentralkreisen der einzelnen Staaten merkte man natürlich sehr bald, daß in der Öffentlichkeit ein anderer Wind wehte, und man wußte diesen Wind in seine Segel zu leiten. In Sachsen verbot man schon im Jahre 1791 alle Zusammenkünfte von Innungsverwandten. Die Teilnehmer an verbotenen Vereinigungen wurden mit einer Strafe von 3 Jahren Gefängnis bis zu 6 Jahren Zuchthaus bedroht! Anführer sollten dem Tode verfallen! — In Preußen wurde es streng verboten, sich selbst Recht zu verschaffen und durch Einstellung der Arbeit Verlegenheit zu erzeugen.“ Den Behörden wurde nahegelegt, auf außerordentliche und ungewöhnliche Strafen, von welchen man den wirksamen Eindruck erwarten kann, namentlich das Gassenlaufen (!) zu erkennen.“ — Ebensoweit ging man in Bayern. Dort verbot man nur die Arbeiterverbindungen zur Erzielung günstiger Arbeitsbedingungen, die Arbeitgeber aber durften sich zusammenschließen, ja, man begünstigte gerade die Verbände, die den Zweck hatten, die Löhne herabzusetzen. Der Zusammenschluß der Arbeiter wurde mit Gefängnis- und Prügelstrafe bedroht. Als man diese Verordnung

herausgab, da schrieb man — wohlgemert — das Jahr 1809.

Den neuen Anschauungen trug auch das Allgemeine Preussische Landrecht vom Jahre 1794 bereits Rechnung. Es stellte die wandernden Handwerksgehlen unter die strengste Aufsicht der Obrigkeit; die Gesellen durften keine Vereinigungen bilden. Damit war ihnen auch die Möglichkeit der Arbeitsvermittlung und jeder Einfluß darauf genommen. Lohn und Kostgeld mußte die — bekanntlich aus Meistern bestehende — Jury bestimmen. Die Grenzen durfte kein Meister überschreiten. Kurz, die Gesellen wurden in eine Lage hineinmanövriert, die der der Sklaven des Altertums nicht unähnlich war.

Ähnliche Beschlüsse hatte man freilich auch schon früher gefaßt. Aber der große Unterschied zwischen 1791 und 1820 bestand darin, daß jetzt solche Gesetze auch durchgeführt wurden. Die Kleinstaaterei Deutschlands war durch Napoleon beseitigt worden. Man konnte nicht so leicht mehr in 2 oder 3 Stunden in einen Nachbarstaat wandern. Auch wurden die neuen, größeren Staaten mit festerer Hand regiert. Die Polizei- und die Militär-gewalt waren mächtig erstarkt. So wurde die Unterdrückung der Arbeitnehmer für einige Jahrzehnte ein vollständiges. Man hatte dem Dampfessel alle Ventile fest verstopft. Die Arbeitnehmerbewegung wurde als Gesellenbewegung in den Sarg gelegt. Als sie sich wieder daraus erhob, da war es eine Arbeiterbewegung geworden. Als sie von Unvernunft, Rohheit und Egoismus niedergeknüppelt worden war, da war sie noch eine Bewegung gewesen, die tief im deutschen Volkstum wurzelte, eine Bewegung, in der Herkommen, Sitte, Brauch und Ehre mehr gegolten hatten als Geld und Selbstwert. Die neue Bewegung war weniger romantisch; sie war sehr nüchtern eingestellt. Sie hatte nicht mehr die sanguinischen Züge des deutschen Handwerksgehlen. Ihr Gesicht wurde mißbestimmt durch die gräßlichen, leidenschaftlich-verbissenen Züge eines Karl Marx.